

Achtes Kapitel

BÜRCKELS INNENPOLITISCHE AKTIVITÄTEN ZUR VERBESSERUNG DER AUSWIRKUNGEN DER RÜCKGLIEDERUNG

1. Die wirtschaftliche Rückgliederungsproblematik der Saar im Spiegel der NS-Propaganda

Bereits im Frühjahr 1934 wurden auf Anregung Binders durch den St. Ingberter Bürgermeister Dr. Schier Erhebungen angestellt, wie in den Kreisen der Industrie und des Handels zu den bei der Rückgliederung sich ergebenden Fragen Stellung genommen werde, insbesondere welche Störungen befürchtet werden, wenn das Saargebiet aus dem französischen Zollgebiet in das deutsche Wirtschafts- und Zollgebiet eingegliedert werde¹. Demnach rangierten im Verwaltungsbereich Überlegungen zu Wirtschaftsfragen durchaus vor propagandistischer Effekthascherei der Rückgliederungsbefürworter "um jeden Preis". Am 7. Mai berichtete Barth nach München, daß das Ergebnis dieser Untersuchung bereits vorliege und nunmehr auch Erhebungen für die übrigen Gemeinden der ehemaligen Pfalz durchgeführt werden sollten. Dabei sollten vor allem die "Produktion und Absatzverhältnisse der hiesigen Industrie"² Gegenstand der Untersuchung sein, im einzelnen die ungefähre jährliche Gesamtproduktion, der ungefähre Wert derselben mit den ungefähren Absatzverhältnissen im Reich, in Frankreich, im Saargebiet und im sonstiges Ausland, Absatzschwierigkeiten in Bezug auf die bisherige bzw. weitere Ausfuhr nach Frankreich sowie Möglichkeiten für neue Absatzmärkte.

Die durch die Regierung in Speyer geplante Untersuchung³ wurde dann jedoch zugunsten einer Untersuchung der Handelskammer Saarbrücken aufgegeben; die Fragen der Bezirksregierung der Pfalz wurden in die neue Untersuchung mit einbezogen. Damit sollte der bayerischen Regierung in München ein geschlossenes Bild der Rückgliederung über die Lage der industriellen Unternehmen und Betriebe in den Bezirken Homburg und St. Ingbert gegeben werden; ausgenommen waren allerdings die Grubenbetriebe und die Betriebe der Schwerindustrie, da für sie eine Sonderbehandlung geboten schien.

Erklärtes Ziel für die neue wirtschaftliche Ausrichtung war es,

¹ Schr. Binders an den Generalbevollmächtigten für die Rhein- und Saarpfalz v. 19.4.1934. LA Speyer, Best. Bez.Amt Kusel, Nr. 1.424, Bl. 93. Vgl. Mallmann/Steffens, Lohn der Mühlen, S. 209-217.

² Vgl. Formblatt. LA Speyer, Best. Bez.Amt Kusel, Nr. 1.424, Bl. 95, Bezug auf Barths Schr. v. 7.5.1934. Ebd. Bl. 94.

³ Schr. Barths an den Min.Präs. als Generalbevollmächtigten für die Rhein- und Saarpfalz v. 22.5.1934; ebenso an Binder, betr. Wirtschaftl. Rückgliederungsfragen. Ebd. Bl. 96-100.